

KOLUMBIEN: ZWANGVERTREIBUNGEN IM KONTEXT DES BEWAFFNETEN KONFLIKTS

Ginna Morelo



Herausgegeben von:

Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e. V. – FDCL

Gneisenaustraße 2a, D - 10961 Berlin, Germany

Fon: +49 30 693 40 29 | E-Mail: info@fdcl.org

Internet: www.fdcl.org



Mitherausgeber*innen:

kolko e.V. Menschenrechte für Kolumbien

Unidas por la Paz Alemania



Autorin: Ginna Morelo

Übersetzung: Tininiska Zanger Montoya

Redaktion: Tininiska Zanger Montoya und Steffi Wassermann (FDCL)

Titelbild/Fotos: Catatumbo widersteht (Catatumbo resiste)

Foto: © Agencia Prensa Rural via Flickr (CC BY-NC-ND 2.0)

Layout: Ingrid Navarrete | www.ingrid-navarrete.de

Druck: Hinkelsteindruck, 10997 Berlin

Die hier vertretenen Meinungen sind die der Autorin und spiegeln nicht notwendigerweise die Ansichten der Herausgeber*innen wider.

Gefördert von Engagement Global im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und mit freundlicher Unterstützung der Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit (LEZ) Berlin. Der Inhalt der Veröffentlichung liegt in der Verantwortung der Autor*innen und gibt nicht notwendig die Position der Herausgeber*innen wieder; die hier dargestellten Positionen geben weder den Standpunkt von Engagement Global gGmbH und des BMZ noch der LEZ Berlin wieder.



Diese Broschüre ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung – Nicht-kommerziell – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International Lizenz (CC BY-NC-SA 4.0).



INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort der Herausgeber*innen	5
Einleitung	6
Vertreibung in Kolumbien: Eine Annäherung	6
Trotz Friedensversuchen lebt der Konflikt weiter	9
Krise in Catatumbo	12
Paz Total: Eine scheiternde Initiative?	13
Kolumbien als Transitland für Migrant*innen	15
Abschließende Überlegungen	16



FÜR DIESE STUDIE WURDEN FOLGENDE PERSONEN INTERVIEWT

- **Iris Marín**, Direktorin der Nationalen Ombudsstelle für Menschenrechte.
- **Lyda Camacho Gualdrón**, stellvertretende Direktorin der kolumbianischen Opferbehörde.
- **Juanita Goebertus**, Leiterin der Amerika-Abteilung bei Human Rights Watch.
- **Lina Mejía Torres**, Menschenrechtsdelegierte der Nichtregierungsorganisation „Vivamos Humanos“.
- **Personen**, die auf zwei Reisen nach Catatumbo und Arauca interviewt wurden.
- **Dairo Abril**, Opfer von Vertreibung, in einem Aufnahmeheim für Unterzeichner*innen des Friedensabkommens zwischen der Regierung und der FARC, die sich in einer prekären Lage befinden.

Vorwort der Herausgeber*innen

Mitte Januar 2025 gingen traurige Bilder der Gewalteskalation in Catatumbo, im Nordosten Kolumbiens, um die Welt. Selbst in Deutschland, dessen Medien normalerweise nicht das südamerikanische Land fokussieren, wurde ausführlich über die Region berichtet. An der Grenze zu Venezuela gelegen, ist das Gebiet als Standort für Drogenproduktion und Drogenhandel bekannt. Im Januar kam es in Kämpfen um die Territorialkontrolle zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen FARC-Dissident*innen und der ELN-Guerilla – und die Zivilbevölkerung war mittendrin gefangen. Beide Konfliktparteien beschuldigten die Bevölkerung, Mitglieder der jeweils anderen Seite zu sein und begingen dabei schwere Menschenrechtsverletzungen. Die Kämpfe und Übergriffe zwangen innerhalb weniger Tage zehntausende Menschen zur Flucht, mindestens 55 wurden ermordet, wie das Verteidigungsministerium angibt. Es handelt sich um die schlimmste humanitäre Krise und die größte Vertreibungskrise der jüngeren Geschichte Kolumbiens. Und das in einem Land, das sich ohnehin stetig auf den ersten Plätzen der Länder mit den meisten intern Vertriebenen weltweit befindet.

Obwohl sich die Dramatik der Vertreibung dort Anfang des Jahres besonders eindrücklich zeigte, ist Catatumbo kein Einzelfall in Kolumbien. Im ganzen Land werden Menschen nach wie vor Opfer von Vertreibungen. Andere leben eingesperrt in ihren Häusern oder Dörfern und haben nur eingeschränkte Bewegungsfreiheit. Daran ändert auch die Tatsache wenig, dass mit Gustavo Petro derzeit der erste linke Präsident der kolumbianischen Geschichte an der Macht ist. Er hatte versprochen, nicht nur das Friedensabkommen zwischen der FARC-Guerilla und dem kolumbianischen Staat von 2016 vollständig umzusetzen, sondern auch den „totalen Frieden“, die „Paz Total“, zu erreichen. Die „Paz Total“-Initiative ist der laufende Versuch der Petro-Regierung, landesweit Friedensgespräche mit allen bewaffneten Akteuren zu führen.

Der anfänglichen Hoffnung der Bevölkerung, endlich den lang ersehnten Frieden zu erreichen, wurde jedoch in letzter Zeit der Wind aus den Segeln genommen: Die Gespräche mit vielen der bewaffneten Gruppen stagnieren oder wurden, wie im Fall der ELN-Guerilla, infolge der Eskalation in Catatumbo, ganz ausgesetzt. In vielen Regionen des Landes nutzten die Gruppen die Verhandlungen, um sich neu zu formieren, und sind heute stärker als noch vor drei Jahren. Laut Kritiker*innen ließ die aktuelle Regierung durch den Fokus auf die neuen Friedensgespräche die Umsetzung des Abkommens mit der FARC aus den Augen – hinzu kommt eine Finanzierungslücke der Umsetzung.

Dabei trat Präsident Petro ein schweres Erbe an: Sein Vorgänger, der rechte Iván Duque, ein dezidiierter Gegner des Friedensabkommens, schaffte es zwar nicht, „das verdamnte Friedensabkommen“ zu zerstören, wie es einer seiner Regierungsvertreter versprochen hatte. Dennoch setzte er die Umsetzung in seiner vierjährigen Amtszeit fast gänzlich aus.

Der Staat verpasste es, mit Sozialreformen und Infrastrukturprojekten in die ehemals von der FARC kontrollierten Gebiete vorzudringen, 472 ehemalige FARC-Kämpfer*innen wurden laut der NRO Indepaz seit Unterzeichnung des Abkommens bis Oktober 2025 ermordet und die meisten dieser Morde bleiben straflos. Auch heute geht die Umsetzung nur langsam voran.

Das entstandene Machtvakuum begünstigte eine Neuconfiguration des bewaffneten Konflikts. Das Internationale Komitee des Roten Kreuzes identifizierte 2024 acht verschie-

dene bewaffnete Konflikte im Land. Neben der ELN-Guerilla kämpfen auch paramilitärischen Strukturen wie das mächtige Drogenkartell Clan del Golfo, transnationale Netzwerke der organisierten Kriminalität, sowie FARC-Dissidenzen um Territorialkontrolle.

Auch außenpolitische Faktoren verschärfen diesen Konflikt: Seit einigen Jahren wirken transnational agierende kriminelle Gruppen wie der Tren de Aragua aus Venezuela oder das Sinaloa-Kartell und Jalisco Nueva Generación aus Mexiko in den Konflikt mit hinein. Die Aussetzung der Gelder der US-amerikanischen Entwicklungsagentur USAID nach der Wiederwahl von Donald Trump zum US-Präsidenten hinterlässt eine substantielle Lücke im kolumbianischen Finanzhaushalt für Projekte, die mit Frieden und Demokratisierung in Verbindung stehen. Auch die wirtschaftlichen Interessen des Globalen Nordens in der Region erschweren das Unterfangen des Friedens: Das Land ist rohstoffreich und die Nachfrage hat sich nach dem russischen Überfall auf die Ukraine noch weiter verstärkt. Die EU möchte sowohl vermehrt fossile Energieträger als auch Rohstoffe für die „Energiewende“ aus Kolumbien beziehen. 2025 wird so viel legal und illegal gewonnenes Gold exportiert wie noch nie – und auch Kokainexporte erreichen einen neuen Höchststand: Seit 2020 hat Europa die USA als den größten Importmarkt von Kokain überholt. All diese Faktoren führen zu einer Gewalteskalation und vielerorts zu einem Klima der Hoffnungslosigkeit. Die große Leidtragende ist nach wie vor die ländliche Bevölkerung.

Die Regionen, die vom Staat am stärksten vernachlässigt werden und aus denen die meisten Menschen fliehen müssen, sind häufig dieselben, in denen die wirtschaftlichen Interessen legaler und illegaler Akteure am stärksten sind. In Gebieten mit besonders vielen Rohstoffvorkommen, wie in der Amazonasregion, in Catatumbo oder im Chocó, sind bewaffnete Akteure ebenso präsent wie multinationale Unternehmen mit extraktivistischen Interessen. Das heißt, auch die EU und Deutschland als wichtigster Handelspartner tragen eine Mitverantwortung für Menschenrechtsverbrechen und Umweltzerstörung, die seit Jahrzehnten zur internen Vertreibung von Millionen Menschen im Land führen.

Welche Rolle spielen die kolumbianischen Behörden in dem andauernden Konflikt? Wie kann es sein, dass die Gewalt nach der Unterzeichnung eines historischen Friedensabkommens wieder so sehr eskaliert und der Staat es nach wie vor nicht vermag, seine Bevölkerung zu schützen? Welchen Einfluss haben die aktuellen Friedensverhandlungen im Rahmen der Paz Total darauf? Woher kommt die Unfähigkeit, einen nachhaltigen Frieden zu erreichen?

In dieser Studie untersuchen wir die ernüchternde Realität der Bevölkerung heute, fast neun Jahre nach dem Abkommen. Unser Fokus liegt auf der internen Vertreibung – dem Verbrechen, das im kolumbianischen Konflikt die meisten Opfer gefordert hat – und weiterhin fordert. Die Autorin Ginna Morelo war vor Ort und hat mit Betroffenen sowie mit Vertreter*innen staatlicher Institutionen und Nichtregierungsorganisationen gesprochen. Sie untersucht, warum es dem Staat bisher nicht gelungen ist, der internen Vertreibung im Land ein Ende zu setzen. Insbesondere untersucht sie, was das für die historisch vom jahrzehntelangen bewaffneten Konflikt und der staatlichen Vernachlässigung betroffenen Regionen im Land bedeutet. Denn diese erwarteten nach dem Abkommen strukturelle Veränderungen, die ihnen Zugang zu Land und Rechten gewährleisten würden, sowie ein Ende der Gewalt und ein Leben in Frieden.

Einleitung

Dairo Abril ist 32 Jahre alt. 12 davon war er Teil der Revolutionären Bewaffneten Streitkräfte Kolumbiens, der FARC-Guerilla. Im Jahr 2016 kehrte er nach der Unterzeichnung des Friedensabkommens zwischen der Regierung von Präsident Juan Manuel Santos und der FARC ins zivile Leben zurück. Doch bald klopfte die Gewalt wieder an seine Tür. Heute ist er, ein Unterzeichner des Friedensabkommens, aus seiner Heimatregion geflohen, in der er geboren wurde und in der er viele Jahre mit der Guerilla kämpfte.

Am 16. Januar 2025 rief ihn sein Vater an und teilte ihm mit, dass Todesdrohungen gegen beide ausgesprochen worden waren. Sie befanden sich in Catatumbo, einer Region im Nordosten Kolumbiens an der Grenze zu Venezuela. Dort begann gerade ein neuer und blutiger Krieg zwischen der Nationalen Befreiungsarmee (ELN) und Dissident*innen der inzwischen aufgelösten FARC. Dieser Krieg führte zur „größten Massenvertreibung in der Geschichte Kolumbiens, seitdem es Erhebungen über Opfer des Konflikts gibt“, so Iris Marín Ortiz, Nationale Ombudsfrau für Menschenrechte.¹

Kolumbien hatte Ende 2024 nach Angaben des Nationalen Statistikamtes DANE 52,7 Millionen Einwohner*innen. Iris Marín erklärt:

„In Kolumbien gibt es mehr als 8.800.000 Menschen, die aufgrund der Gewalt des bewaffneten Konflikts vertrieben worden sind. Davon benötigen derzeit etwa 6.700.000 Menschen Unterstützung. 2024 wurden etwa 25.000 Menschen vertrieben und 2025 sind allein in Catatumbo etwa 61.000 Menschen innerhalb weniger Wochen vertrieben worden.“

Nur im Sudan und Syrien ist die absolute Zahl der binnenvertriebenen Menschen höher als im lateinamerikanischen Land, so der Global Internal Displacement Report 2025 vom IDMC. In Nord-, Mittel- und Südamerika ist Kolumbien vor Haiti und Guatemala mit großem Abstand das Land mit den meisten Binnenvertriebenen.²

Dairo Abril, seine Frau, seine beiden Töchter, sein Vater und auch dessen Familie sind heute Teil der Millionen von Vertriebenen, die von der kolumbianischen Opferbehörde dokumentiert werden. In seine Heimatregion kann er nicht mehr zurück. „Die Familie Abril kam um 1904 nach Catatumbo. Der erste war Pedro Abril“, erzählt Dairo. Sein Vorfahr war auf der Flucht vor dem Tausend-Tage-Krieg, der im Oktober 1899 begann und die ersten beiden Jahre des 20. Jahrhunderts anhielt. Jetzt verlassen die letzten Abril dieses Land, vertrieben durch einen Konflikt, der in Kolumbien kein Ende zu nehmen scheint.

Vertreibung in Kolumbien: eine Annäherung

Das indigene Volk der Motilón Barí lebt in seinem angestammten Territorium in Catatumbo, dem *Chiyi Iſtanā* (auf Deutsch: „unser Land“ oder „das Land von uns“).³ In dem Gebiet haben sich in den 1930er Jahren Bergbauunternehmen niedergelassen, die Erdöl (und andere Rohstoffe) fördern. Zudem ist es von ständigen Konfrontationen zwischen bewaffneten Gruppen um die Kontrolle über die illegalen Anbaukulturen, den Drogen- und Waffenhandel geprägt. Aufgrund der Gewalt und der fehlenden Unterstützung durch den kolumbianischen Staat musste ein Teil der Indigenen Bevölkerung ihr ursprüngliches Gebiet verlassen.

Für das Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) ist Zwangsvertreibung

„die Situation, in der Menschen gezwungen sind, ihre Heimat oder den Ort ihres gewöhnlichen Aufenthalts aufgrund von Konflikten, Gewalt, Verfolgung oder Menschenrechtsverletzungen zu verlassen, entweder innerhalb der Grenzen ihres eigenen Landes (Binnenvertriebene) oder über internationale Grenzen hinweg (Geflüchtete)“.⁴

Artikel I des Gesetzes 387 von 1997 definiert die Kategorie Binnenvertriebene als

„jede Person, die gezwungen ist, innerhalb des Landes zu migrieren und dabei ihren Wohnsitz oder ihre üblichen wirtschaftlichen Aktivitäten aufzugeben, weil ihr Leben, ihre körperliche Unversehrtheit oder ihre Freiheit aufgrund einer der folgenden von Menschen verursachten Situationen verletzt wurde oder bedroht ist: interne bewaffnete Konflikte, interne Unruhen oder Spannungen, allgemeine Gewalt, massive Menschenrechtsverletzungen oder andere Umstände, die sich aus den oben genannten Situationen ergeben und die öffentliche Ordnung drastisch verändern können.“⁵

Die Ombudsstelle für Menschenrechte⁶ weist darauf hin, dass die Vertreibung der Bevölkerung in Artikel 17 des Protokolls II der Genfer Konvention ausdrücklich verboten ist. Dennoch geschieht dies als Folge von allgemeinen und spezifischen Drohungen, bewaffneten Auseinandersetzungen, Massakern, der gewaltsamen Besetzung von urbanen und ländlichen Gebieten sowie wahllosen Angriffen.

In Kolumbien gibt es mehrere Formen der Binnenvertreibung. Die erste ist die intraregionale Vertreibung, die sich auf die Mobilität in nahegelegene Orte oder benachbarte Städte bezieht. Viele Menschen fliehen innerhalb der Region, um sich zu schützen. Sie entfernen sich für eine gewisse Zeit von ihrem Heimatort, bleiben aber in der Nähe, um bei einer Beruhigung der Lage zurückzukehren. Genau das haben die Motilón Barí getan.

1 Die Ombudsstelle für Menschenrechte ist eine staatliche Institution, die für den Schutz, die Förderung und die Verbreitung der Menschenrechte im Land zuständig ist.

2 Internal Displacement Monitoring Center (IDMC) 2025: <https://www.internal-displacement.org/global-report/grid2024-espanol/>.

3 Indigene Gemeinschaft, die in der Catatumbo-Region lebt, an der Grenze zwischen Kolumbien (Norte de Santander) und Venezuela (Zulia). Über die Motilón Barí und die Maßnahmen, die sie von der kolumbianischen Regierung zum Schutz ihres Lebens und zur Rückgewinnung ihres Territoriums gefordert haben, siehe: <https://www.unidadvictimas.gov.co/pueblo-motilon-bari-definir-acciones-a-priorizar-del-plan-de-reparacion-colectiva/>.

4 <https://www.acnur.org/desplazados-internos>.

5 https://www.redjurista.com/Documents/ley_387_de_1997_congreso_de_la_republica.aspx#.

6 Sp.: Defensoría del Pueblo.



Die Region Catatumbo ist reich an Rohstoffen und steht im Fokus legaler und illegaler Ökonomien.
Quelle: Agencia Prensa Rural via Flickr (CC BY-NC-ND 2.0)

Eine zweite bezieht sich auf die außerregionale Vertreibung, d.h. auf die Zwangsmobilität in andere Departements des Landes. Diese Form von Binnenvertreibung geht mit einer größeren Entwurzelung und einem stärkeren kulturellen Wandel einher. Die Familie Abril beispielsweise, die aus ihrem Dorf in der Region Catatumbo in die Acht-Millionen-Einwohner*innen-Stadt Bogotá geflohen ist, fällt in diese Kategorie. Im Mai 2025, als Dairo Abril für diese Publikation interviewt wurde, lebte er mit seiner Familie in einem Aufnahmezentrum für geflüchtete Familien im Westen von Bogotá.

In Kolumbien findet nicht nur Binnenvertreibung statt. Es ist auch ein Land mit hohem Auswanderungsanteil. Um die 5,5 Millionen Staatsangehörige lebten 2020 im Ausland.⁷ Für einen Großteil ist die Suche nach besseren wirtschaftlichen Möglichkeiten der Hauptauslöser für Migration. Aber Menschen verlassen Kolumbien auch aufgrund des Konflikts. Im Opferregister sind 29.312 Personen in 43 Ländern erfasst. Davon sind 24.078 Personen als Opfer von Vertreibung anerkannt.⁸

Um sich dem Verbrechen der Vertreibung in Kolumbien zu nähern, muss man zunächst den bewaffneten Konflikt im Land verstehen. Dort ist die Gewalt keine Folge eines

„ethnischen, rassischen, sprachlichen oder religiösen Konflikts. Es ist auch kein Konflikt mit nationalistischem Inhalt, sondern eine ausschließlich politische Auseinandersetzung um die Kontrolle der Macht

zwischen den Eliten und gegen die Eliten, deren Identität und Antagonismus überwiegend politisch-ideologisch definiert sind. Es ist ein Konflikt, der seinen Ursprung in der politischen Ausgrenzung hat.“⁹

An dieser hochkomplexen Dynamik sind verschiedene Akteure beteiligt. Diese verewigten sich im Laufe der Jahre in den Regionen, indem sie sich die territoriale Kontrolle streitig machen und sich große Gebiete aneignen. Wie das Zentrum für Forschung und populäre Bildung¹⁰ (CINEP) feststellt,

„hat die Logik des militärischen, kriegerischen und politischen Handelns der bewaffneten Akteure territoriale Ausprägungen, die sich in differenzierten Gewaltdynamiken konkretisieren: eine makro-, eine mikroregionale und eine dazwischenliegende Dynamik. Diese verschiedenen Dynamiken sind normalerweise miteinander verbunden“.¹¹

Interne Vertreibungen sind jedoch nicht nur auf die Präsenz und Aktivitäten illegaler oder legaler bewaffneter Gruppen zurückzuführen. Kolumbianische Sozialforscher wie Alfredo Molano Bravo und Alejandro Reyes Posada haben ausführlich untersucht, wie solche erzwungenen Mobilitäten auch mit den Interessen von Großgrundbesitzer*innen an Landnahme zusammenhängen.¹² Beide Autoren beschreiben die Verbindungen zwischen Großgrundbesitzer*innen, Drogenhandel, Geldwäsche, Finanzierung paramilitärischer Gruppen und Landraub.

7 Siehe Daten des Außenministeriums: https://www.cancilleria.gov.co/sites/default/files/FOTOS2020/estudio_de_caracterizacion_de_los_usuarios_que_atiende_cada_uno_de_los_consulados_de_colombia_en_el_exterior_version_boton_de_transparencia_27nov20.pdf

8 Diese Zahlen sollten jedoch mit Vorsicht interpretiert werden. In dem Band über das kolumbianische Exil im Abschlussbericht der Wahrheitskommission (CEV) kommt diese zu dem Schluss, dass etwa eine Million Menschen aus Kolumbien in andere Länder fliehen mussten (vgl. Comisión para el Esclarecimiento de la Verdad, la Convivencia y la No Repetición (CEV) (2022). La Colombia Fuera de Colombia. Hay futuro si hay verdad. Informe Final.CEV: Bogotá, S. 58.). Die CEV geht davon aus, dass die erzwungene Vertreibung ins Ausland die zweithöchste Zahl der vom Konflikt betroffenen Menschen verursacht hat – nach der internen Vertreibung. Beide Verbrechen zeichnen ein Bild der Krise der erzwungenen Migration – sowohl intern als auch extern. Aufgrund mehrerer Faktoren lässt sich dieses Phänomen jedoch nicht mit Sicherheit quantifizieren. Einerseits herrscht unter den kolumbianischen Exilierten ein allgemeines Misstrauen gegenüber den Vertreter*innen des kolumbianischen Staates, da gerade diese in vielen Fällen ihre Rechte verletzt haben. Aus diesem Grund lassen sich viele Menschen, die aus Kolumbien fliehen mussten, nicht bei der Opferbehörde registrieren. Darüber hinaus ist es notwendig, Beweise vorzulegen, um sich als Opfer registrieren zu lassen. Schließlich suchen viele Menschen, die aus dem Land geflohen sind, keinen internationalen Schutz. Diese Faktoren führen zu einer starken Unterregistrierung und erklären die großen Unterschiede zwischen den Daten der RUV, des UNHCR und des Abschlussberichts des CEV (Anm. d. Hrsg.).

9 Echeverri G., Juan Carlos, in Garay Salamanca, Luis Jorge: „Colombia Entre la Exclusión y el Desarrollo: Propuesta para la transición al Estado Social de Derecho“, Contraloría General de la República, Bogotá, 2002.

10 Sp.: Centro de Investigación y Educación Popular.

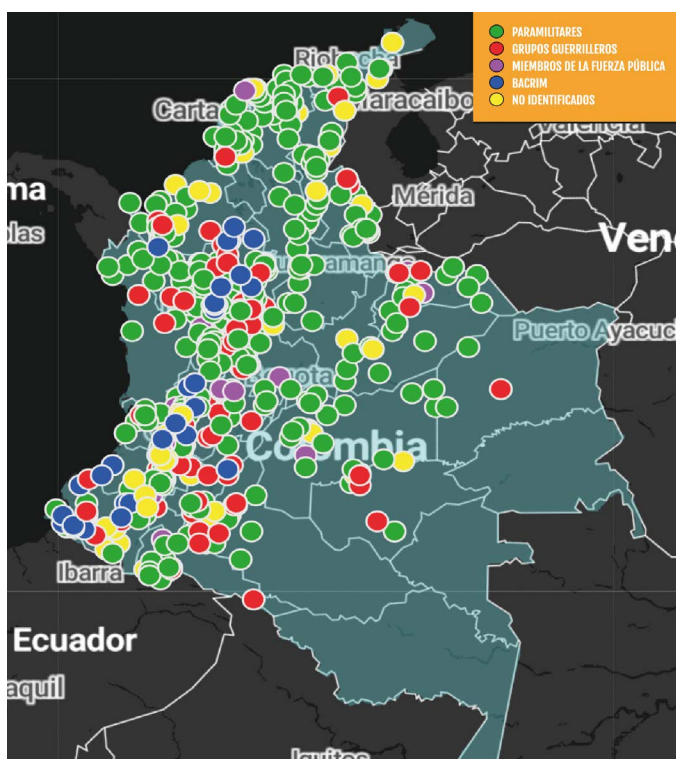
11 CINEP: „Violencia Política en Colombia: de la nación fragmentada a la construcción del Estado“, Ediciones Antropos, Bogotá, 2002.

12 Molano Bravo vertieft dieses Thema unter anderem in den folgenden Veröffentlichungen: Los años del tropel: relatos de la violencia (1985); Siguiendo el corte: relatos de guerras y de tierras (1989); Desterrados: crónicas del desarraigo (2001), und Reyes Posada in Guerreros y Campesinos. Despojo y restitución de tierras en Colombia (2009).

Im Zusammenhang damit analysieren sie die Entstehung von Paramilitärs mit ihren Verbindungen zum Drogenhandel und den Landbesitzer*innen, ihre regionale Struktur sowie die massiven Vertreibungen und Landbesetzungen zwischen 1997 und 2007.

Die Paramilitärs setzten verschiedene Taktiken ein, um sich Land anzueignen: sie schüchterten Kleinbäuer*innen ein und bedrohten sie, um sie zum Verkauf zu zwingen, sie gründeten eine Stiftung, die der Enteignung diene.¹³ In den späten 1990er und frühen 2000er Jahren verübten sie Hunderte von Massakern. Zwischen 1980 und 2012 verzeichnete das Nationale Zentrum für Historische Erinnerung Kolumbiens (CNMH)¹⁴ 1.982 Massaker im Land. Die am stärksten betroffene Region war das im Nordwesten des Landes gelegene Departement Antioquia. Dort kam es zu mindestens 598 Massakern, die überwiegend von Paramilitärs verübt wurden.

Karte der verübten Massaker nach bewaffneten Akteuren in Kolumbien



Quelle: Rutas del Conflicto

Laut der kolumbianischen Wahrheitskommission wurden allein zwischen 1995 und 2004 acht Millionen Hektar enteignet und/oder geraubt. Infolgedessen gibt es kein Departement im Land, in dem es keine Opfer des Schreckens des Krieges gibt. Ein Krieg, der sich über einen langen Zeitraum erstreckt und gerade

deshalb geführt wird, damit die Menschen fliehen, in andere Gebiete umziehen und ihren Besitz an die Gruppe abtreten, die sich mit der Macht der Waffen durchgesetzt hat. Aus diesem Grund ist die These plausibel, dass der Krieg geführt wird, um Zwangsmigration und Enteignung des Landes zu fördern: „es gibt keine Vertriebenen, weil es Krieg gibt, sondern es gibt Krieg, damit es Verlebene gibt“.¹⁵

Gildardo Padilla Ortigas Kampf um Gerechtigkeit

Der Landarbeiter Gildardo Padilla Ortigo wurde 2013 in Valencia, Córdoba, im Norden des Landes von Paramilitärs getötet. Seine Eltern hatten in der Gemeinde San Pedro de Urabá in Antioquia gelebt und waren von ihrem Land vertrieben worden. Die gesamte Familie Padilla wurde verfolgt und schließlich ermordet – und das unter dem erdrückenden Schweigen der Behörden.¹⁶

Am 29. November 1994 wurden Valdemiro, Roberto und Estanislao, drei seiner Brüder, ermordet. Sie waren gefesselt und enthauptet worden. An diesem Tag wurde auch „Manco“ getötet, ein Arbeiter auf der Familien-Finca Las Gardenias, der als Familienmitglied aufgenommen worden war. Gildardo beerdigte sie alle auf dem Friedhof von Valencia. Doch der erbitterte Streit um das Land seiner Eltern und die Absicht der Paramilitärs, den Besitz für einen neuen Eigentümer zu legalisieren, nahmen kein Ende. Am 19. Mai 1997 wurden seine Eltern Evangelina und Alejandro in San Pelayo ermordet, ebenso wie seine Brüder Alejandro und Aminadat, sein Onkel Edilberto Contreras und seine siebenjährige Cousine Olfady Contreras.

Sofanor Padilla, der Bruder von Gildardo, erstattete Anzeige, und am 15. September 1997 wurde er als Zeuge von der Staatsanwaltschaft vorgeladen. Er erschien zu dem Termin nicht, da er vorher ermordet wurde. Er war der elfte Padilla, der durch die Hand der Paramilitärs starb. Gildardo begrub ihn im Familiengrab.

Diese Erfahrungen, besonders die Ermordung seiner Eltern, machten ihn zum Aktivist. Nach den Morden an seinen Eltern fasste er Mut und bat die Paramilitärs um Erklärungen. Später erstattete er Anzeige bei den zuständigen Behörden und musste daraufhin für eine Zeit nach Bogotá fliehen. Am 17. November 2013 wurde Gildardo Antonio Padilla Ortega in der Nähe von Valencia, in Córdoba, von zwei Auftragsmördern erschossen. Er hatte kurz zuvor zusammen mit 25 Kleinbauern- und Bäuerinnen, die Opfer von Enteignung und Vertreibung geworden waren, in Chigorodó, Urabá, vor der Generalstaatsanwaltschaft eine Erklärung abgegeben. Dieses Verbrechen geschah acht Jahre nach der Demobilisierung der paramilitärischen Gruppe Vereinigte Selbstverteidigungskräfte Kolumbiens (AUC).¹⁷

13 Der Paramilitäranführer Fidel Castaño gründete 1991 die Stiftung Fundación para la Paz de Córdoba (FUNPAZCOR). Diese war eine Tarnfirma für illegale Landkäufe, Waffenhandel und Geldwäsche aus Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Drogenhandel (Anm. d. Hrsg.). Siehe dazu „Primera demanda sobre tierras despojadas por los Castaño“ aus: Verdad Abierta: <https://verdadabierta.com/historica-demanda-de-restitucion-a-tierras-despojadas-por-los-castano/>

14 Sp.: Centro Nacional de Memoria Histórica.

15 CODHES, Mondragón, Héctor: „Relatifundización, megaproyectos y campesinos en Colombia“, Seminario internacional desplazamiento, conflicto, paz y desarrollo, Bogotá, 2000.

16 Ginna Morello Martínez ist Mitautorin der Bücher Tierra de sangre, memorias de las víctimas (2009) und Nosotros no iniciamos el fuego (2017), einer journalistischen Anthologie über den kolumbianischen Konflikt und seine Opfer, zusammengestellt von John Jairo Junieles Acosta. Die Geschichte der Familie Padilla ist daraus entnommen.

17 Sp.: Autodefensas Unidas de Colombia.



Unterzeichnung des Friedensabkommens zwischen dem kolumbianischen Staat und der FARC in Havanna, Kuba im November 2016.
Quelle: Presidencia de México via Flickr (CC BY 2.0)

Trotz Friedensversuchen lebt der Konflikt weiter

Obwohl es seit den 1980er Jahren bis heute mehr als zehn große Friedensprozesse mit verschiedenen Gruppen und unter verschiedenen Präsidentschaften gegeben hat, war es bisher nicht möglich, den Konflikt zu beenden. Im Gegenteil, der Krieg recycelt sich immer wieder selbst.¹⁸

Einige Friedensverhandlungen seit 1980 bis heute

Präsident	Periode	Verhandelnde bewaffnete Gruppen	Zentrales Ergebnis
Belisario Betancur Cuartas	1982–1986	FARC, M-19, ELN	Gescheitert
Virgilio Barco Vargas	1986–1990	M-19, EPL, andere	Teilweise Demobilisierung
César Gaviria Trujillo	1990–1994	M-19, MAQL	Komplette Demobilisierung, neue Verfassung von 1991
Ernesto Samper Pizano	1994–1998	FARC und ELN	Ergebnislose Annäherung an die Gruppen
Andrés Pastrana Arango	1998–2002	FARC	Gescheitert
Álvaro Uribe Vélez	2002–2010	AUC (Paramilitärs)	Teilweise Demobilisierung
Juan Manuel Santos Calderón	2010–2018	FARC	Friedensabkommen und teilweise Demobilisierung
Iván Duque Márquez	2018–2022	ELN	Gespräche und Stillstand
Gustavo Petro Urrego	2022–Heute	Verhandlungen mit Guerillas, Dissident*innen, Paramilitärs und kriminellen Gruppen.	Einige laufen. Die Verhandlungen mit der ELN stagnierten und wurden ausgesetzt.

Lyda Camacho Gualdrón, stellvertretende Leiterin der Opferbehörde, erklärt: „Seit mehr als fünf oder sechs Jahrzehnten bemühen wir uns um Frieden“. Laut Camacho Gualdrón seien auch wichtige Prozesse in dieser Hinsicht erreicht worden. „Aber jedes Mal, wenn es einen Erfolg gibt, folgen diesem Entwicklungen, die in neue Gewaltszenarien münden“. 2016 gab es erneut Aussichten auf ein endgültiges Ende des Konflikts. Das Abkommen mit der FARC „weckte in der kolumbianischen Gesellschaft neue Hoffnung auf Veränderung und Versöhnung, denn einer der Schlüsselfaktoren in diesem Prozess war der Fokus auf die Opfer.“

2011 verabschiedete die Regierung von Präsident Juan Manuel Santos das sogenannte Opfer- und Landrückgabegesetz.¹⁹ Es beinhaltet u. a. die Anerkennung und Entschädigung von Vertriebenen sowie die Schaffung von Bedingungen, um die Rückkehr auf ihr Land zu ermöglichen. Bereits davor wurden weitere wichtige Schritte unternommen: die Aufnahme von Vertreibung als eigener Strafbestand im Jahr 2000 und die Verabschiedung des Gesetzes 387 aus dem Jahr 1997.²⁰ Es schuf den ersten normativen Rahmen für die Verhinderung von und den Umgang mit Vertreibungen sowie den Schutz von Vertriebenen. Dieses Verbrechen war in den 1990er Jahren mit dem Einzug des Paramilitarismus und der Verschärfung des Konflikts durch die Guerillas explodiert. Es gibt also Rechtsnormen, um Vertreibungen zu verhindern und den Opfern von Vertreibung zu helfen. In der Praxis werden diese Verbrechen dennoch nicht verhindert und jeder Lösungsansatz scheint angesichts des Ausmaßes von Gewalt und Vertreibung in Kolumbien unzureichend zu sein. Camacho Gualdrón räumt ein:

„Die rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen sind ehrgeizig. Das ist eine enorme Herausforderung. Wir sind einerseits weltweit ein Beispiel für eine öffentliche Politik, die versucht, den Opfern gerecht zu werden. Die Zahl der Opfer ist jedoch so groß, dass der Staat andererseits nicht in der Lage ist, angemessen zu reagieren.“

18 Diese These wurde von der kolumbianischen Journalistin und Forscherin María Teresa Ronderos in ihrem Buch *Guerras recicladas* (2014) vertreten.
19 Sp.: Ley 1448 de 2011 de Víctimas y Restitución de Tierras.
20 Siehe: <https://www.funcionpublica.gov.co/eva/gestornormativo/norma.php?i=340>

Laut der stellvertretenden Direktorin der Opferbehörde, Lyda Camacho Gualdrón, gibt es 9.912.173 Opfer des bewaffneten Konflikts im Land, von denen 8.833.374 gewaltsam vertrieben wurden (Stand 31. März 2025). Diese Zahl entspricht 90% der Gesamtzahl der im Opferregister gelisteten Menschen – und sie steigt weiter.

„Im Friedensabkommen mit der FARC wurden strukturelle Probleme benannt, um diese anzugehen. Dem Staat ist das bisher nicht gelungen“ so Camacho. Sie verweist auch auf die Tatsache, dass die Nachfolgerregierung von Juan Manuel Santos, unter Präsident Iván Duque, die Umsetzung des Abkommens torpediert und ausgesetzt hat. Dies und die Neuordnung bewaffneter und krimineller Gruppen haben das Phänomen der Vertreibung auf einem sehr hohen Niveau gehalten.

Nach Angaben der Ombudsstelle für Menschenrechte wurden zwischen dem 1. Januar und 31. März 2025 21 Fälle von Massenvertreibung im Land dokumentiert, mit 1.546 betroffenen Familien bzw. 4.468 betroffenen Personen.

Zwischen der Unterzeichnung des Friedensabkommens mit der FARC-Guerilla im Jahr 2016 und Mai 2025 wurden laut dem Nationalen Opferregister mindestens 1,5 Millionen Menschen vertrieben.

Historische Gesamtzahl der Opfer von gewaltsamer Vertreibung in Kolumbien nach Geschlecht:

Geschlecht	Gesamt
Weiblich	4.534.264
Männlich	4.292.190
LGBTI	6.332
Intersexuell	469
Keine Angabe	119

Quelle: Kolumbianische Opferbehörde

Historische Gesamtzahl der Opfer von gewaltsamer Vertreibung in Kolumbien nach Alter:

Alter	Gesamt
Frühe Kindheit (0-5)	141.585
Kindheit (6-11)	584.317
Jugendliche (12-17)	1.012.053
Junge Erwachsene (18-28)	2.134.909
Erwachsene (29-59)	3.624.994
Ältere Menschen (+60)	1.192.496

Quelle: Kolumbianische Opferbehörde

Verteilung der Opfer von Binnenvertreibung in den kolumbianischen Departementen



Graphik: Julio Cortés mit Daten der kolumbianischen Opferbehörde (erfasst bis zum 31. März 2025).

Die FARC sind nach Unterzeichnung des Abkommens aus den von ihnen kontrollierten Gebieten abgezogen. Allerdings wurde es verpasst, in diesen Gebieten staatliche Strukturen zu etablieren. Bald formierten sich Dissident*innengruppen dieser Guerilla, die weiterhin auf den internen Konflikt Kolumbiens setzen. Es kam zu einer Zersplitterung und Neuzusammensetzung der bewaffneten und kriminellen Gruppen. Auch die ELN-Guerilla und Drogenkartelle wie der Clan del Golfo sowie in Kolumbien aktive mexikanische Mafias sind stärker geworden. Sie alle konkurrieren um Handelskorridore und Territorialkontrolle in den Gebieten, aus denen sich die FARC zurückgezogen hatte, und zwingen alle, die ihnen in die Quere kommen, zur Flucht. Unter anderem führen sie bewaffnete Streiks durch, d. h., sie hindern die Bevölkerung daran, ihren täglichen Aktivitäten nachzugehen und zwingen sie, mehrere Tage oder sogar Wochen in ihren Häusern eingesperrt zu bleiben.

Es liegt auf der Hand, dass die anhaltende Gewalt zu einem erneuten Anstieg der Vertreibung führt. Ein zentraler Grund dafür sind die Auseinandersetzungen um Gebiete von strategischem Interesse. In diesen Gebieten leben besonders häufig ethnische Gruppen. Nariño, Chocó und Cauca sind Departamentos, die eine hohe Konzentration an ethnisch definierter Bevölkerung aufweisen.²¹ In diesen gibt es vermehrt Landminen,²² Straßensperren oder Bedrohungen durch bewaffnete Gruppen. Dort ist auch die Zahl der Opfer am höchsten. Von der historischen Gesamtzahl der Vertriebenen in Kolumbien gehören knapp 1.9 Millionen Menschen ethnischen Gruppen an (darunter Afrokolumbianer*innen und Indigene als größte Opfergruppe).

21 <https://datos.paz.unidadvictimas.gov.co/desplazamiento-forzado-segundo-semestre-2023>.
22 Durch das Verlegen von Landminen werden den Gemeinden Aktivitäten wie die Jagd oder die Landwirtschaft sowie der Schulbesuch unmöglich gemacht, sodass die Bevölkerung in ihren Wohnorten eingesperrt ist. Auf das südliche Departement Cauca entfielen 43 % der Opfer von Landminen im Jahr 2024, gefolgt von Nariño und Chocó. Siehe dazu: Colombia Protection Analysis Update. Trend analysis on Protection Risks related to the armed conflict and natural disasters. UNHCR Oktober 2024: <https://reliefweb.int/report/colombia/colombia-protection-analysis-update-trend-analysis-protection-risks-related-armed-conflict-and-natural-disasters-october-2024>

Diese strategischen Interessen lassen sich in legale und illegale Ökonomien konkretisieren. Die Kontrolle über den Anbau und die Vermarktung der Kokapflanze befeuern den Krieg und begünstigen Verbrechen wie die Vertreibung der Bevölkerung. Aber auch andere kriminelle Wirtschaftszweige wie der illegale Goldabbau, mit dem sich bewaffnete Akteure finanzieren, haben Vertreibungen zur Folge. Die bewaffneten Gruppen kontrollieren Routen, schränken die Mobilität der Bevölkerung ein, erpressen und rauben Land. Das IDMC unterstreicht, dass „die meisten der neuen Vertreibungen im Pazifik und in Catatumbo auf Auseinandersetzungen um Kokain- und Goldrouten zurückzuführen sind.“²³

Auch Megaprojekte sind eine Ursache für Binnenvertreibung. In Kolumbien werden unter anderem Autobahnen und Staudämme gebaut sowie Ölpalmenplantagen und extraktivistische Projekte ausgeweitet. Diese begünstigen Zwangsverkäufe und Enteignung von Land.²⁴

Auch nach dem Friedensabkommen von 2016 ist der Krieg also immer noch in vollem Gange. Das Fortbestehen illegaler Gruppen und ihre blutigen Auseinandersetzungen um territoriale Kontrolle sowie ihre recycelten Kriege zwingen die Bevölkerung zur Flucht, um zu überleben und es fällt dem Staat schwer, die Auswirkungen des Konflikts mit seinen vielen Opfern zu bewältigen.

Confinamiento: ein unsichtbares Verbrechen

Es gibt ein weiteres gewaltvolles Phänomen im Zusammenhang mit Vertreibung, das in Kolumbien seit der Unterzeichnung des Friedensabkommen mit der FARC an Bedeutung gewinnt, nämlich das *confinamiento* in ländlichen Gebieten.

Confinamiento findet statt, wenn die Bevölkerung in ihren eigenen Häusern oder naheliegenden improvisierten Lagern Schutz sucht. Oft geschieht dies auch nachdem die Bevölkerung ihren Wohnort auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen verlässt, jedoch zurückkehrt und beschließt, dort eingeschlossen zu bleiben, wohl wissend, dass nicht der Staat, sondern die bewaffneten Akteure das Sagen haben. Die bewaffneten Akteure demonstrieren ihre Macht in einem Gebiet, indem sie Ausgangssperren verhängen und/oder Flugblätter mit direkten Drohungen verbreiten. Aus rechtlicher Sicht definieren die „ethnischen Gesetzesdekrete“ von 2011²⁵ das *confinamiento* als eine Form der Enteignung oder Vertreibung. Erst am 24. Februar 2016 erkannte die Opferbehörde *confinamiento* als Straftatbestand an.²⁶

Der *confinamiento*, der in Catatumbo und in anderen Regionen des Landes erlebt wird, ist eine komplexe Angelegenheit, die der Staat bisher nicht in den Griff bekommen hat. Juanita Goebertus, Leiterin der Amerika-Abteilung von HRW, erklärt: „*Confinamiento* ist eine schmerzhafteste Folge der allgemeinen Gewalt, die sich in den letzten Jahren (...) verschärft hat.“²⁷ Die Bevölkerung an der Pazifikküste und im Süden des Landes, wie San Juan und López de Micay (Chocó) sowie die ländliche Gegend von Buenaventura (Valle del Cauca) ist besonders stark von *confinamiento* betroffen. Dort kommt es zu Zusammenstößen zwischen der ELN, dem Clan del Golfo und FARC-Dissident*innen. Wie auch bei Zwangsvertreibung sind vor allem Departaments mit einem hohen Anteil an ethnischer Bevölkerung betroffen. Dazu zählen die Afro-Gemeinschaften in Chocó, die Indigenen Völker der Nasa und Misak in Cauca sowie die Huitoto, Inga, Carijona, Miraña, Nonuya, Andoque und Yacuna der zum kolumbianischen Amazonasgebiet gehörenden Region Caquetá.

Regionen in Kolumbien in denen *confinamiento* verzeichnet wurde:

Subregion	2023	2024
Chocó	57.950	49.021
Pacífico Nariñense	4.962	464
Cauca	4.696	26.914
Caquetá	3.200	10.178
Putumayo	3.020	11.709
Sur de Bolívar	2.553	1.799
Arauca	2.363	9.182
Bajo Cauca und Nordeste Antioqueño	551	9.772
Sur de Córdoba	158	1.038

Daten: HRW

23 <https://www.internal-displacement.org/spotlights/colombia-changing-conflict-dynamics-still-disproportionately-affect-most-vulnerable>.

24 Siehe „La palma que reemplazó el territorio ancestral Sikuani en el Vichada“ von Rutas del Conflicto: <https://rutasdelconflicto.com/notas/la-palma-reemplazo-el-territorio-ancestral-sikuani-el-vichada>.

25 Artikel 110 Gesetzesdekret 4.635 und Artikel 144 Gesetzesdekret 4.633.

26 Confinados: la Colombia que vive presa en su territorio: <https://www.unidadvictimas.gov.co/especiales/Confinamientos/index.html>

27 Für aktuelle Zahlen von HRW rund um den Konflikt in Kolumbien siehe: <https://www.hrw.org/es/world-report/2025/country-chapters/colombia>



Seit Jahrzehnten muss sich die Zivilbevölkerung in Catatumbo mit bewaffneten Gruppen arrangieren.
Quelle: Agencia Prensa Rural via Flickr (CC BY-NC-ND 2.0)

Aus Zahlen der Opferbehörde geht hervor, dass zwischen Januar 2016 und März 2023 mehr als 100.000 Kolumbianer*innen in insgesamt 661 Gemeinschaften mindestens einmal *confinamiento* erfahren haben.

Die Bevölkerung musste lernen, mit dem Leben im Kreuzfeuer zurechtzukommen. Es gibt kaum sichere Gebiete, in die sie fliehen könnte. Daher gibt es mancherorts keine Alternative zum *confinamiento*. Viele entscheiden sich dafür, in dem Gewaltkontext zu bleiben, statt ihr Zuhause und ihr Eigentum aufzugeben. Das bedeutet wiederum eine Einschränkung des Alltags und der Bewegungsfreiheit und dass man sich an die von den bewaffneten Akteuren auferlegten Regeln halten muss. Die Folge davon ist ein Leben inmitten des Schweigens und ohne den rechtmäßigen Staat. Lina Mejía Torres von der Nichtregierungsorganisation Vivamos Humanos bezeichnet *confinamiento* als eine Art „stille Vertreibung“.

Nach Angaben der Ombudsstelle für Menschenrechte wurden zwischen 1. Januar und 31. März 2025 in ganz Kolumbien (außer Catatumbo) 19 Fälle von *confinamiento* registriert. Davon waren 2.576 Familien bzw. 8.923 Personen in 128 Gemeinden betroffen. Zudem wurden 77 Situationen dokumentiert, in denen die Gefahr des *confinamiento* und/ oder der Vertreibung bestand.

In Catatumbo waren zudem nach Angaben der Ombudsstelle für Menschenrechte allein im März 2025 16.615 Menschen eingeschlossen; die meisten von ihnen in ihren Häusern. Andere flüchteten in Schulen, die sie als Unterschlupf nutzten und von denen aus sie den bewaffneten Akteuren zu verstehen gaben, dass dies ein neutrales Gebiet sein sollte.

Krise in Catatumbo

Im Departament Norte de Santander, in Catatumbo, befinden sich wichtige Bergbau-Enklaven. Das Öl-, Gas- und Kohleunternehmen Empresa Colombiana de Petróleo S.A. (Ecopetrol) betreibt derzeit drei Ölfelder in den Gebieten Tibú, Sardinata und Oripaya. Die ELN-Guerilla hat eine lange Geschichte von

Angriffen auf die Pipelines in dieser Region. Die Bevölkerung stand dabei stets im Zentrum des Konflikts zwischen dem Abbau von Rohstoffen einerseits und den bewaffneten Aktionen illegaler Gruppen gegen dieses Unternehmen andererseits. Catatumbo ist der jüngste Fall von Vertreibung und *confinamiento* in Kolumbien.

Die Krise, die Anfang 2025 in dieser Region ausbrach und zu massiven Vertreibungen führte, ist auf Auseinandersetzungen zwischen der ELN und FARC-Dissident*innen um die territoriale Kontrolle zurückzuführen. „Die Gemeinden in Catatumbo fühlen sich vom Staat vergessen“, so Wilfredo Cañizares, der Leiter der Stiftung Progresar.²⁸ „Es gibt Versuche, in dem Gebiet gemeinsam an Wiederaufbauplänen zu arbeiten. Doch wenn alles bereit ist, um Projekte zu beginnen, lässt die Bürokratie sich sehr viel Zeit, sodass die bewaffneten Akteure wieder an Boden gewinnen“, erklärt Cañizares.

Er beschreibt, dass sich die Gemeinden nach der Unterzeichnung des Friedensabkommens organisiert haben, um den „Gesellschaftlichen Pakt für die territoriale Transformation des Catatumbo“²⁹ zu entwickeln. Dieser zielt auf die umfassende Wiederherstellung der Region durch den Ersatz illegaler Anbaukulturen, die Umsetzung des Abkommens, die Entschädigung der Opfer sowie die soziale und wirtschaftliche Entwicklung ab. Es wurden jedoch kaum Fortschritte erzielt, und der Konflikt zwischen den bewaffneten Gruppen begann aufs Neue. Im März 2025 kündigte die Regierung von Gustavo Petro an, den Pakt wieder aufzugreifen, was jedoch immer noch nicht geschehen ist, beklagen soziale Führungspersonen in der Region.

Stattdessen steigen seit einigen Jahren Verbrechen wie *confinamiento*, Rekrutierung und Erpressung in verschiedenen Regionen des Landes (wieder) an. Das zeugt von der immer stärker werdenden territorialen Kontrolle der bewaffneten Gruppen.

Die Ombudsstelle für Menschenrechte stufte Catatumbo als die „am stärksten betroffene Unterregion“ im Jahr 2025 ein, da dort „eine der umfassendsten Massenvertreibungen der letzten Jahre“ stattgefunden hat. In diesem Gebiet wurden Anfang 2025 14 Ereignisse registriert, durch die 61.565 Menschen vertrieben wurden. Vertreibungen und die damit einhergehenden Folgen verschärfen die Lage insbesondere an der langen und be-

28 Die Stiftung Progresar ist eine soziale Organisation mit starker und langjähriger Präsenz in Norte de Santander.

29 Sp.: Pacto Social para la Transformación Territorial del Catatumbo.



Sitzung des Humanitären Ausschusses am 4. Februar 2025 in der Gemeinde El Tarra, Catatumbo, um humanitäre Mindeststandards zu fordern.
Quelle: Asociación Minga

völkerungsdichten Grenze zu Venezuela. Laut dem DANE leben in dieser Grenzregion etwa 300.000 Menschen. In Catatumbo, erklärt die Ombudsfrau für Menschenrechte Iris Marín,

„hat die ELN trotz der vielen Verhandlungsangebote von Seiten der Regierung keine wirkliche Bereitschaft gezeigt, an einem Prozess teilzunehmen, der zu einem nachhaltigen Frieden auf der Grundlage der Achtung der Rechte der Opfer führen könnte“.

Laut Marín habe die Ombudsstelle für Menschenrechte der Regierung „eine Stärkung der Sicherheitskräfte und ihrer territorialen Präsenz“ empfohlen, um die „territoriale Kontrolle der ELN und der FARC-Dissidenzen, mit denen ebenfalls Verhandlungen im Gange sind, zu reduzieren“. Darüber hinaus wurde „eine Stärkung der institutionellen und sozialen Präsenz des Staates in seiner Gesamtheit, um den bewaffneten Gruppen die soziale Kontrolle zu entreißen“, empfohlen.

Staatliche Maßnahmen in Gebieten wie Catatumbo sind entscheidend, um die Bevölkerung zu schützen, einschließlich der

„Friedensunterzeichner, die tatsächlich die am meisten gefährdete Bevölkerungsgruppe Kolumbiens im Kontext des bewaffneten Konflikts ist. Sie sind von Menschen, die im Krieg waren, zu Opfern des Konflikts geworden“,

erklärt die Ombudsfrau Marín. Ein Beispiel hierfür ist Dairo Abril, dessen Geschichte diesen Text einleitet. Er sieht in dieser Region trotz der Unterzeichnung des Friedensabkommens keine Garantien für die Umsetzung des Friedens. Wie viele andere Unterzeichner*innen des Abkommens fürchtet Abril Stigmatisierung und Repressalien. Er möchte nicht zu den Opfern von *confinamiento* in Catatumbo gehören und hat sich deshalb dazu entschieden, mit seiner Familie an einen anderen Ort in Kolumbien umzusiedeln. Er zögert nicht die Geschehnisse in Catatumbo als „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ zu bezeichnen und ergänzt:

„Unbewaffnete Menschen wurden getötet. Vom ersten Tag an, dem 16. Januar [2025], begannen sie mit der Ermordung von Unterzeichnern des Friedensabkommens und von Menschen, die aufgrund der Geschichte Catatumbos früher mit der FARC sympathisiert hatten.“

Zu dem Zeitpunkt, als er Catatumbo verließ, arbeitete Dairo Abril für das Nationale Programm zur integralen Substitution illegaler Anbaukulturen.³⁰ Er arbeitete mit mehr als 2.000 (kleinbäuerlichen) Familien in Programmen zur Rückgewinnung von Kokaanbaugebieten.³¹

„Ich bin in den Gemeinden Tibú, Sardinata und Convención herumgereist. In jedem Dorf habe ich für das Programm geworben, habe den Leuten erklärt, wie wichtig es ist, Koka gegen Nutzpflanzen auszutauschen. Das hat mir seither eine Menge Probleme eingebracht.“

Die Ombudsstelle für Menschenrechte hat ein Frühwarnsystem eingerichtet, was den Schutzbedarf der Unterzeichner*innen des Friedensabkommens untersucht. Die Ombudsfrau erklärt, dass die Stelle basierend auf den Ergebnissen der Regierung drei Empfehlungen ausgesprochen hat:

*„Erstens soll den Unterzeichner*innen eine wirtschaftliche und soziale Wiedereingliederung ermöglicht werden, damit ihre Projekte nachhaltig sind und sie sich nicht erneut bewaffneten Gruppen anschließen. Zweitens soll die Stigmatisierung reduziert bzw. vermieden werden, da sie sich immer noch dem Vorwurf ausgesetzt sehen, Mitglieder illegaler bewaffneter Gruppen zu sein. Drittens sollen sie Rechtssicherheit in Bezug auf die Leistungen erhalten, zu denen sie nach der Unterzeichnung des Friedensabkommens Zugang haben könnten.“*

Allerdings wird angesichts der humanitären Krise Anfang des Jahres in Catatumbo deutlich, dass diese Empfehlungen nicht ausreichend umgesetzt wurden.

Paz Total: Eine scheiternde Initiative?

Die oben beschriebenen Ereignisse stehen im Zusammenhang mit der im November 2022 von Präsident Gustavo Petro verabschiedeten Initiative der Paz Total („Totaler Frieden“). Im Rahmen dieser Initiative wurden sechs Regionen für den Dialog mit bewaffneten Akteuren eingerichtet: Karibikküste, Pazifikregion, Centro Oriente, Llanos Orientales, Centro Sur und Eje Cafetero.

30 Sp.: Programa Nacional Integral de Sustitución de Cultivos de Uso Ilícito (PNIS).

31 Die Region ist nach wie vor eines der wichtigsten Gebiete für den Kokaanbau und die Kokainproduktion im Land (Anm. d. Hrsg.).

Im Rahmen dieses Prozesses führt die Regierung von Petro mehrere Verhandlungen in verschiedenen parallelen Dialogen. Ihre Verhandlungspartner*innen sind die ELN-Guerilla, Dissident*innengruppen der ELN und der FARC, paramilitärische Gruppen und verschiedene maföse und kriminelle Banden. Ein Jahr vor dem Ende von Petros Regierung ist es allerdings schwierig, eine umfassende Bilanz der Paz Total-Initiative vorzunehmen.

Erste Analysen deuten aber auf eine schlechte Bilanz hin: Ein aktueller Bericht der Globalen Initiative gegen transnationale organisierte Kriminalität, der Conflict Responses Foundation (Core) und des Laboratory for Justice and Criminal Policy (LJPC) kommt zu dem Schluss, dass die Verhandlungsbemühungen der Regierung als ungewollte Folge eine Zunahme der sozialen und Territorialkontrolle durch die bewaffneten Akteure sowie verschiedener Gewaltformen hatte. „Letztendlich wurde all dies von verschiedenen Gruppen ausgenutzt, um Räume zu kooptieren, sich selbst zu stärken und an Boden zu gewinnen“, sagt Goebertus Estrada.

Nach Ansicht der HRW-Mitarbeiterin hat der kolumbianische Staat das Friedensabkommen nicht angemessen und nachhaltig umgesetzt. In der laufenden Amtszeit des Präsidenten sei man in den Dialogprozessen mit der ELN-Guerilla und der Frente 33 der FARC-Dissident*innen nicht vorsichtig genug gewesen. „Die Experimente der Regierung“ [gemeint ist Gustavo Petros aktuelles Projekt „Totaler Frieden“] in Catatumbo hätten „die Gemeinden in ständiger Verwundbarkeit zurückgelassen“. Seit Jahrzehnten wird die Bevölkerung in Catatumbo staatlich vernachlässigt. Diese Situation verschärfte sich bereits nach dem Abkommen während der Regierung von Iván Duque – auch weil es in dieser Zeit keine Fortschritte bei der Umsetzung des Friedensabkommens gab.

Nach der Unterzeichnung des Friedensabkommens waren theoretisch alle Voraussetzungen gegeben, um einen erneuten bewaffneten Konflikt in Kolumbien – und damit auch in der Region Catatumbo – zu verhindern. Im Programm für territoriale Entwicklung wurden zahlreiche Maßnahmen ins Auge gefasst, darunter der Bau von Straßen sowie Gesundheits- und Bildungsprojekte für ländliche Regionen, um diese umzugestalten. So hätte der Staat die Produktivität dieser Gemeinden sichergestellt und diese wären nicht mehr vom Kokaanbau abhängig. Da jedoch keine nennenswerten Fortschritte bei der Umsetzung erzielt wurden, erleben wir heute die Wiederaufnahme neuer Formen der Gewalt. Die illegalen bewaffneten Gruppen haben nämlich kein Interesse daran, den illegalen Anbau von Kokapflanzen zu beenden.

Dies bestätigt Junior Cabrejo Maldonado, Mitglied der Bauernvereinigung von Catatumbo (ASCAMCAT). Er beobachtet eine Zersplitterung des sozialen Gefüges, was nicht nur mit dem *confinamiento* zusammenhängt, sondern auch damit, dass etwa Vorsitzende der kommunalen Aktionsräte vertrieben worden seien oder Lehrer*innen die Dörfer verlassen hätten. Und fügt hinzu:

„Es gab auch schwere Menschenrechtsverletzungen. Wir wissen nicht genau, wie viele Tote es gibt. Man spricht von mehreren Massengräbern. Der gesamte Pakt, auf den wir uns für den Wiederaufbau von Catatumbo geeinigt hatten, wurde auf Eis gelegt. Wir wissen nicht, wann die Verhandlungen, die auf humanitärer Basis geführt werden sollten, wieder aufgenommen werden.“



Am 23. August 2023 unterzeichneten Präsident Petro und die ELN einen Waffenstillstand. Quelle: Nelson Cárdenas, CNP / Mesa de Diálogos de Paz Gobierno – ELN via Flickr (CC BY-NC-ND 2.0)

In den Friedensverhandlungen zwischen der ELN und der Regierung kam es immer wieder zu Konflikten, bis der Präsident schließlich am 17. Januar 2025 nach der Eskalation der Gewalt in Catatumbo die Gespräche unterbrach.

In den Regionen Tibú und El Tarra im Catatumbo-Gebiet wirft die ELN derzeit mit Drohnen Sprengstoff ab. Dort gibt es laut Mejía Torres auch Massengräber, in denen die Leichen von Dutzenden Menschen liegen, die Anfang 2025 bei den Zusammenstößen zwischen der ELN und den FARC-Dissident*innen umgekommen sind.

In Catatumbo sind Massengräber eine traurige Realität: in den öffentlichen Anhörungen vor verschiedenen kolumbianischen Justizorganen haben demobilisierte Paramilitärs erklärt, dass sie Anfang der 2000er Jahre mindestens 200 Leichen in der Grenzregion verscharrt haben. Unter den Toten befinden sich möglicherweise auch Venezolaner*innen, die von der paramilitärischen Gruppe AUC oder der Guerilla hingerichtet wurden. Diese Geschehnisse waren dem Schweigen des Krieges unterworfen und haben seinerzeit eine Welle von Vertreibungen entlang der Grenze ausgelöst.³²

Internationale Organisationen dokumentieren, dass im Grenzgebiet zwischen Venezuela und Arauca, Kolumbien, Jugendliche von Guerillagruppen rekrutiert werden.³³ Solche Fälle treten wieder vermehrt auf, da die bewaffneten Akteure vor Ort an Einfluss gewonnen haben. Es sei daran erinnert, dass die FARC-Guerilla laut der Sonderjustiz für den Frieden (JEP) zwischen 1996 und 2016 mindestens 18.000 Kinder rekrutiert hat.

32 Siehe dazu: „Perdidos en la raya“. Journalistische Recherche von Armando.Info und Voragine.co.

33 Dies führt ebenfalls zur erzwungenen Migration der Gemeinschaften, aus Angst, dass ihre Kinder zwangsrekrutiert werden könnten.



Migrant*innen durchqueren den Darién-Pass an der Grenze zwischen Kolumbien und Panama.
Quelle: © Ginna Morelo

Kolumbien als Transitland für Migrant*innen

Es gibt in Kolumbien auch viele Migrant*innen und Geflüchtete aus anderen Ländern, die Kolumbien teils nur als Transitland durchqueren. Dazu zählen auch die venezolanischen Staatsangehörigen, die seit 2017 die umfassendste und schnellste menschliche Mobilität auf dem Kontinent erlebt haben.

Laut dem Hohen Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) beherbergt Kolumbien etwa 38% der weltweit rund 7,9 Millionen aus Venezuela vertriebenen Menschen. Das bedeutet, dass sich zwischen 2,8 und 3,0 Millionen Venezolaner*innen im Land aufhalten.

Laut der venezolanischen Soziologin Ligia Bolívar³⁴ ist diese Fluchtbewegung aus Venezuela eine Folge der komplexen humanitären Notlage im Land. Diese anhaltende Krise ist auf mehrere Faktoren wie Lebensmittel- und Medikamentenknappheit, Hyperinflation, die Verschlechterung der Grundversorgung sowie die politische Instabilität der venezolanischen Regierung zurückzuführen.

Für viele Venezolaner*innen und Migrant*innen anderer Nationalitäten ist Kolumbien jedoch kein Aufenthaltsort, sondern nur eine Durchgangsstation, so das Büro der Ombudsstelle für Menschenrechte. Laut der kolumbianischen Migrationsbehörde³⁵ wurden zwischen dem 1. Januar und dem 15. März 2025 insgesamt 38.743 irreguläre Migrant*innen im Transit registriert. Die meisten von ihnen kommen aus Venezuela (35.954), gefolgt von Ecuador (621), Bangladesch (163), Peru (149), Angola (112), Haiti (62), China (47) und anderen Ländern.

Der gefährlichste Grenzübergang ist der sogenannte Darién-Pass, eine Regenwaldregion an der gemeinsamen Grenze zwischen Kolumbien und Panama, der sich über eine Fläche von etwa 17.014 km² erstreckt.³⁶ Diese durchlässige Grenze ist Zeugin gewalttätiger Ereignisse und der schwerwiegenden Folgen von erzwungener Mobilität. Migrant*innen berichten von Menschenhandel, Vergewaltigung und Erpressung durch kriminelle Banden, die die Route kontrollieren.

Der Nationale Migrationsdienst Panamas meldete im Jahr 2020, dass 8.594 Menschen über den Darién eingereist sind. Im Jahr 2023 wurde mit 520.085 Menschen, die diese Route genommen haben, eine Rekordzahl erreicht. Im Jahr 2024 durchquerten 302.203 Menschen den Regenwald, darunter hauptsächlich Venezolaner*innen (68%), gefolgt von Kolumbianer*innen (8%), Ecuadorianer*innen (8%), Chines*innen (5%) und Haitianer*innen (4%). Unter den Migrant*innen, die den gefährlichen Darién-Pass überqueren, sind 51% Männer, 28% Frauen sowie 21% Kinder und Heranwachsende. Im Jahr 2025 ist die Zahl der Migrant*innen jedoch drastisch zurückgegangen. Zwischen Januar und März 2025 durchquerten nur noch 2.831 Menschen den Darién, was einem Rückgang von 98% im Vergleich zum Vorjahr entspricht.³⁷

Die Ombudsstelle für Menschenrechte erklärt, dass die veränderte Situation auf die neuen Migrationsmaßnahmen der US-Regierung zurückzuführen ist. Dadurch hat sich in diesem Jahr eine umgekehrte Dynamik bei den Migrationsströmen entwickelt. Früher durchquerten Migrant*innen Kolumbien, um die Länder im Norden des Kontinents zu erreichen. In Folge dieser von der Regierung Donald Trumps verschärften Migrationspolitik, ziehen nun viele von ihnen aus verschiedenen Teilen Mittel- und Nordamerikas in Nord-Süd-Richtung nach Kolumbien, um in ihre Herkunftsländer zurückzukehren.

34 Ligia Bolívar ist Gründerin des venezolanischen Programms PROVEA (Programa Venezolano de Educación-Acción en Derechos Humanos), Mitglied des internationalen Exekutivkomitees von Amnesty International und derzeitige Direktorin des Menschenrechtszentrums der Katholischen Universität Andrés Bello.

35 Sp.: Migración Colombia.

36 <https://programs.wcs.org/5greatforests/en-us/Wild-Places/Darien>.

37 <https://www.ohchr.org/es/stories/2025/05/monitoring-motion-migrants-darien-gap#:~:text=Seg%C3%BAn%20el%20Servicio%20Nacional%20de,520%2C085%20personas%20cruzando%20esta%20ruta>.



Aufnahmelager für Migrant*innen in Capurganá an der Grenze zu Panama.
Quelle: © Ginna Morelo

Einige Migrant*innen haben aufgrund der Gefahr von Abschiebungen entschieden, nicht weiterzureisen. Mindestens 2.000 Kolumbianer*innen wurden in der aktuellen Amtszeit von Donald Trump aus den Vereinigten Staaten abgeschoben, wie die damalige kolumbianische Außenministerin Laura Sarabia Torres bestätigte. Die Abschiebungen erfolgten in zwölf Flügen, die kurz nach Trumps Amtsantritt am 20. Januar 2025 begannen.³⁸

Den Daten der Migrationsbehörde zufolge sind zwischen dem 1. Januar und dem 15. März 2025 insgesamt 3.485 Migrant*innen über die nördliche Grenze nach Kolumbien eingereist. Täglich kamen durchschnittlich 84 Personen aus La Miel (Panama) in Capurganá (Acandí-Chocó) an. Die meisten von ihnen waren auf dem Weg nach Necoclí in der Provinz Antioquia im Nordwesten des Landes.

Laut der Ombudsstelle für Menschenrechte

„haben Menschen, die das Land im Rahmen dieser umgekehrten Migrationsströme durchqueren, weniger Mittel, um die Kosten ihrer Reise zu decken. Dadurch sind sie größeren Risiken wie Menschen-smuggel, Menschenhandel, Schiffbrüchen, Diskriminierung und verschiedenen Arten von Missbrauch ausgesetzt.“

Abschließende Überlegungen

In den letzten 15 Jahren hat der Staat entscheidende Schritte unternommen, um einen institutionellen Rahmen zu schaffen, der den Opfern zuhört und sie schützen soll. 2011 wurde das Opfer- und Landrückgabegesetz verabschiedet. Zeitgleich wurde das Nationale Zentrum für historische Erinnerung (CNMH)³⁹ gegründet. Es begann die Geschichte der Gewalt in Kolumbien auf der Grundlage der Sozialforschung zu rekonstruieren.

Ein weiterer wichtiger Schritt nach der Unterzeichnung des Friedensabkommens von Havanna 2016 war die Einrichtung des „Umfassenden Systems für den Frieden“,⁴⁰ eine Übergangsjustiz, die über die während des Konflikts begangenen Verbrechen urteilen soll. Diese beinhaltet verschiedene Mechanismen und Einrichtungen, die sich um die Opfer des Konflikts kümmern, Gerechtigkeit gewährleisten, Wiedergutmachung fördern und eine Wiederholung des Konflikts verhindern sollen. In diesem Zusammenhang wurden die Wahrheitskommission (CEV), die Einheit für die Suche nach verschwundenen Personen (UPBD) sowie die Sonderjustiz für den Frieden (JEP) ins Leben gerufen. Darüber hinaus wurden die Einheit zur Umsetzung des Friedensabkommens, die territorial ausgerichteten Entwicklungsprogramme (PDET), die Überwachungs- und Verifizierungsmechanismen unter Beteiligung der Vereinten Nationen und der internationalen Gemeinschaft sowie die Nationale Kommission für Sicherheitsgarantien eingerichtet. Ziel ist es, die kriminellen Nachfolgeorganisationen der Guerillas und Paramilitärs zu zerschlagen und die Sicherheit der ehemaligen Kämpfer*innen und sozialen Führungspersonen zu gewährleisten.

Aufgrund der politischen Polarisierung des Landes und fehlender Ressourcen kommt die Umsetzung jedoch nur langsam voran. Erschwerend kam dieses Jahr hinzu, dass die US-Regierung am 20. Januar 2025 eine Anordnung zur Neubewertung und Neuausrichtung der USAID-Mittel erließ, von der auch Kolumbien betroffen war.

Iris Marín Ortiz, die Nationale Ombudsfrau, sagte dazu:

„Wir mussten Projekte für gefährdete Bevölkerungsgruppen aussetzen, insbesondere Häuser für Migranten im Grenzgebiet zu Panama. Auch Projekte zur Vorbeugung von Zwangsrekrutierung mussten wir (vorerst) einstellen, darunter Sensibilisierungsveranstaltungen für Beamte über die Rekrutierung von Kindern sowie Übungen der Soforthilfeteams für den Fall einer Zwangsrekrutierung.“

Laut Lyda Camacho Gualdrón von der Opferbehörde führen die Kürzungen der USAID-Gelder zu einer Beeinträchtigung der Bemühungen um eine Friedenspolitik in Kolumbien. Es sei klar, dass diese Politik unterfinanziert ist.

38 <https://www.youtube.com/watch?v=pmlZ6KdpzJs>.

39 Sp.: Centro Nacional de Memoria Histórica.

40 Sp.: Sistema Integral de Justicia, Verdad, Reparación y No-Repetición.

„Die internationale Zusammenarbeit in Kolumbien war ein Verbündeter der Institutionen, um die Opfer zu unterstützen, und sie war auch ein Verbündeter der Opfer selbst. Mit anderen Worten: Die Beziehungen fanden also auf institutioneller Ebene statt, es gab aber auch direkte Beziehungen zu den Opfern und den Menschenrechtsorganisationen, die mit den Opfern zusammenarbeiten. Diese Situation ist jedoch auch eine Gelegenheit, unsere Abhängigkeit von einer Regierung und der Art und Weise, wie die Zusammenarbeit gehandhabt wird, zu überdenken, denn das internationale Szenario ist viel komplexer und hat neue Prioritäten.“

Gleichzeitig erfolgt die Kürzung von internationaler Unterstützung zu einem Zeitpunkt, an dem die Bemühungen um einen endgültigen Frieden wenig Erfolge zeigen. Die zahlreichen kriminellen Gruppen lassen die kolumbianische Realität an den griechischen Mythos der Hydra von Lerna erinnern: Sobald ein Kopf abgeschlagen wird, sprießen zwei neue, noch durstigere Köpfe nach.

Heute haben die Menschenrechtsverletzungen an einigen Orten zugenommen, beispielsweise in Catatumbo. Ein großer Teil der Region steht unter Kontrolle von bewaffneten Akteuren, um die illegale Kokainwirtschaft aufzubauen. Das Interesse des Staates an der Region konzentrierte sich historisch auf die Gewinnung von Mineralien wie Öl, sodass die von den Gemeinden geforderten sozialen Aspekte nie berücksichtigt wurden. Catatumbo hat zudem eine poröse Grenze, an der sich unter anderem Menschenhandel und Zwangsrekrutierung für den Krieg etabliert haben.

Binnenvertreibung bedeutet weitaus mehr, als nur an einen anderen Ort umzuziehen. Sie bedeutet Distanzierung und Enge und verändert die Lebensbedingungen der Betroffenen. Für die Opfer dieses in Kolumbien immer wieder auftretenden Phänomens ist die Entfernung zwischen Aufbruchs- und Zielort nicht nur geografisch von Bedeutung. Sie ist auch deshalb von Bedeutung, weil sie zu einer Entwurzelung führt und das soziale Gefüge derjenigen, die ihre Gemeinden verlassen müssen, auseinanderreißt.

Dario Abril und seine Familie leben in ihrer Notunterkunft Tür an Tür mit Menschen aus verschiedenen Teilen des Landes. Sie alle befinden sich in der gleichen prekären Lage. Alle Bewohner*innen dieser Unterkunft mussten vor bewaffneten Gruppen fliehen. Sie sind an einen unbekannten Ort gekommen, um ein neues Leben zu beginnen. In den Gängen spielen Kinder, während ihre Eltern in ihrem eigenen Schweigen versunken sind. An diesem Ort zeigt sich der Schmerz und die humanitäre Tragödie der Kolumbianer*innen, die gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen, weil es keinen Ausweg aus dem internen Konflikt zu geben scheint.



WEITERE INFORMATIONEN UND PUBLIKATIONEN



Im internet unter
www.fdcl.org

PROGRESSIVE REGIERUNGEN IN LATEINAMERIKA, GESCHLECHTERPOLITIK UND FEMINISMEN: WIDERSPRÜCHE, MÖGLICHKEITEN UND KONTINUITÄTEN

Aliynn Torres Santana



Im Oktober 2022 übergab Gustavo Petro feierlich eine Länderlei des früheren Paramilitärs Carlos Castaño an Kleinbäuerinnen und Kleinbauern. Zudem kündigte er an, der Staat werde der Viehhüttervereinigung Fedegan drei Millionen Hektar Weideland abkaufen, um dieses zu verteilen. Damit löste der kolumbianische Präsident offiziell den Beginn einer Agrarreform ein, deren Umsetzung zu den Wahlversprechen seiner kurz zuvor ins Amt gewählten Regierung zählte. Gleichzeitig vermied er eine direkte Konfrontation mit den Großgrundbesitzer:innen.

Seit der Kolonialzeit stellen die Verteilung und Nutzung von Land eines der größten ungelösten Probleme Kolumbiens dar. Aufgrund ihrer sozialen, wirtschaftlichen und politischen Auswirkungen zählen sie nach wie vor zu den drängendsten Themen. Der ungleiche Zugang zu Land gilt als Hauptursache für den jahrzehntelangen bewaffneten Konflikt. Trotz zahlreicher Versuche im 20. Jahrhundert, Agrarreformen durchzuführen, verschärfte sich die Konzentration von Land in wenigen Händen sogar noch. Etwa zehn Jahre nach dem Versuch, Landbesitz neu zu strukturieren, kam es bisher stets zu Gegenreformen, bei denen jegliche Fortschritte verloren gingen. Großgrundbesitzer:innen stellen seit jeher eine politisch einflussreiche Gruppe dar. Laut Zahlen der Nichtregierungsorganisation Oxfam, die auf dem kolumbianischen Agrarstatus von 2014 beruhen, weist Kolumbien innerhalb Lateinamerikas die ungerechteste Landverteilung auf. Ein Prozent der Landbesitzer:innen kontrolliert demnach mehr als 80 Prozent der Agrarfläche.¹

¹ vgl.: Oxfam (2016): Desterrados. Tierra, Poder y desigualdad en América Latina, S. 21 ff.
https://oi-files-d8-prod.s3.amazonaws.com/s3fs-public/files_attachments/desterrados-full-es-29nov-web_0.pdf

NEUER ROHSTOFFBOOM IN LATEINAMERIKA IN ZEITEN VON KRIEG UND KLIMAKRISE

Tininiska Zanger Montoya
Tobias Lambert
Sophia Boddenberg

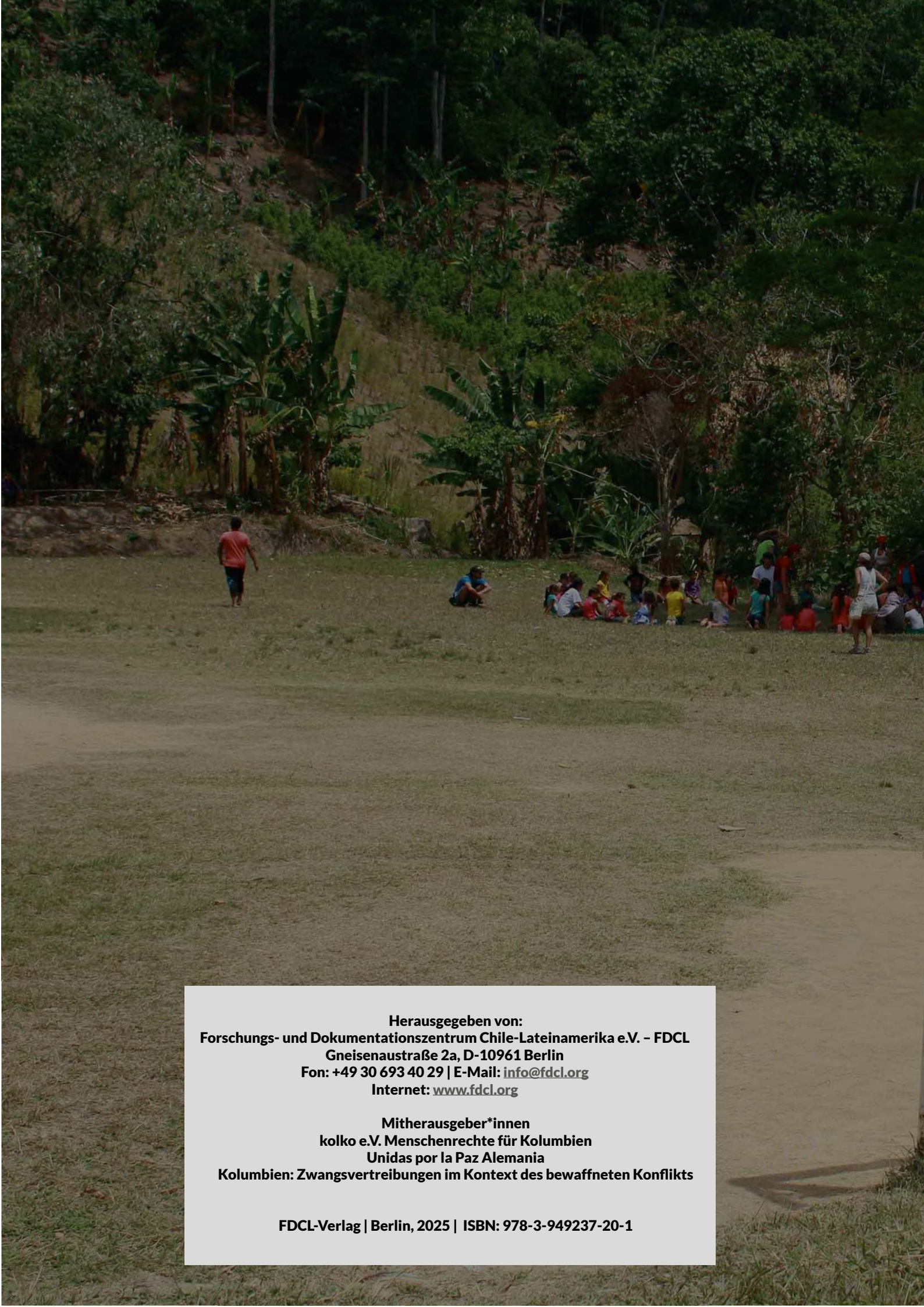


DIE KOLUMBIANISCHE WAHRHEITSKOMMISSION: DER DISPUT UM DIE ERINNERUNG

TININISKA
ZANGER
MONTAYA



PowerShift



Herausgegeben von:
Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e.V. – FDCL
Gneisenaustraße 2a, D-10961 Berlin
Fon: +49 30 693 40 29 | E-Mail: info@fdcl.org
Internet: www.fycl.org

Mitherausgeber*innen
kolko e.V. Menschenrechte für Kolumbien
Unidas por la Paz Alemania
Kolumbien: Zwangsvertreibungen im Kontext des bewaffneten Konflikts

FDCL-Verlag | Berlin, 2025 | ISBN: 978-3-949237-20-1